



## Wen soll ich wählen?

### Wahl zur Bürgermeisterin oder zum Bürgermeister 2019 Wahl der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte 2019

Bei dieser Wahl gibt es zwei Stimmzettel.  
Einen gelben und einen weißen.

Es werden verschieden Personen gewählt.  
Für die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister in der Stadt Salzburg ist es eine Persönlichkeitswahl.  
Das heißt, dass eine Person gewählt wird.  
Diese Person wird auf dem gelben Stimmzettel angekreuzt.

Die Wahl des Gemeinderates kreuzt man am weißen Stimmzettel an.  
Auf diesem Zettel wählt man eine Partei.

Knackpunkt hat den Parteien Fragen zur Behindertenpolitik gestellt.

Die Antworten können eine Entscheidungshilfe für die Wahl sein.

Alle **Antworten** finden Sie auf den nächsten Seiten.  
Die Antworten der Parteien wurden nicht verändert.  
Sie sind so gereiht, wie sie von den Parteien gekommen sind.



### Frage 1

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Salzburg künftig keine Neubauten oder Umbauten genehmigt werden, die keine umfassende Barrierefreiheit im Sinne der ÖNORM B1600ff aufweisen?

#### FPÖ

2016 trat das Behindertengleichstellungs-Gesetz (nach zehnjähriger Übergangsfrist!) in Kraft. Es besagt auch, dass öffentlich zugängliche Geschäftslokale barrierefrei sein müssen. Die Stadtregierung ist aufgefordert, hier aktiv zu werden. Die FPÖ unterstützt sämtliche Maßnahmen, die zu mehr Barrierefreiheit beitragen. Es ist daher auch unumgänglich, dass dem Gemeinderat quartalsmäßig ein Bericht über die Umsetzung des Fortschrittes der Barrierefreiheit vorgelegt wird. Baukosten ist die Barrierefreiheit nicht verhandelbar.

#### NEOS

Grundsätzlich ist anzumerken, dass das Baurecht Landessache ist bzw. es sich um eine ÖNORM-Angelegenheit handelt. Im geförderten Wohnbau bzw. bei öffentlichen Bauten ist Barrierefreiheit Voraussetzung und soll, wenn es nach NEOS geht, auch nicht angetastet werden.

#### BÜRGERLISTE / DIE GRÜNEN

Für uns ist es klar, dass die Stadt die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen umsetzen muss. Daher dürfen auch beim Bau keine Abstriche bei der Barrierefreiheit gemacht werden. Daher habe ich auch in Zusammenhang mit unserer Forderung nach leistbaren Wohnungen klar angesprochen. Wir wollen EUR 7,- pro m<sup>2</sup> Bruttomiete in geförderten Wohnungen umsetzen.

#### KPÖ PLUS SALZBURG

Der UN-Behindertenrechtskonvention ist unbedingt zu folgen. Die Barrierefreiheit von öffentlich zugänglichen Stellen muss gewährleistet werden. „Sachverständige für „Barrierefreiheit“ sind ein sehr gutes Instrument, um (häufig teure) Pannen in der Planung zu verhindern und sollten deshalb verpflichtend beigezogen werden. Um- und Neubauten sollten verpflichtend umfassend barrierefrei sein. Es sollte darüber hinaus



kommuniziert werden, dass Barrierefreiheit allgemein der Bevölkerung zu Gute kommt (z.B. auch Eltern mit Kinderwägen oder wenn man sich eine vorübergehende Verletzung zugezogen hat).

### **SPÖ**

Ja. Das haben wir bereits in der Vergangenheit getan und wir werden auch weiterhin dafür kämpfen. Bereits jetzt setzt sich die Stadt-SPÖ unter Federführung von Vizebürgermeisterin Anja Hagenauer mit voller Kraft für die Etablierung barrierefrei zugänglichen Wohnraums ein. Sie setzt diese Haltung auch konsequent im eigenen Wirkungsbereich (z.B.: KGL, Großprojekte im Stadtgebiet) um, wo Neu- und Umbauten (bis auf einige wenige Ausnahmefälle) ausschließlich barrierefrei nach Maßgabe der ÖNORM B1600ff gestaltet werden. Besonders hervorzuheben sind hier auch unter sozialdemokratischer Führung entstandene Großprojekte wie etwa das Paracelsusbad, der Bildungscampus Gnigl und die Sporthalle Nord, die alle durchgängig barrierefrei sind.

### **ÖVP**

Bei der Genehmigung von Um- und Neubauten hat sich die Stadt Salzburg als Behörde strikt an die landesgesetzlichen Vorgaben durch die Salzburger Bauordnung zu halten, die wesentliche Punkte der ÖNORMEN in geltendes Recht gegossen hat. Eine Verschärfung der Bauordnung müsste daher beim Landesgesetzgeber urgiert werden. Unabhängig davon sehen wir aber in der Umsetzung einer umfassenden Barrierefreiheit einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen wird von uns die Barrierefreiheit beim Neubau von Wohnungen nicht in Frage gestellt.

### **DIE LINKE**

**Ja**



## Frage 2

Werden Sie den Ausbau/Weiterführung des Projektes „Persönliche Assistenz“ für Menschen mit Behinderung unterstützen? Wie werden Sie das tun?

### FPÖ

Das Projekt „Persönliche Assistenz“ wurde im Rahmen eines städtischen Sozialausschusses vorgestellt. Bereits dort hat unsere Sozialsprecherin GR Renate Pleininger ihre Unterstützung für einen Regelbetrieb zugesagt. Die FPÖ wird sich bei den kommenden Budgetverhandlungen dafür einsetzen, dass im Budget Vorsorge getroffen wird und werden uns mit den im Gemeinderat vertretenen Parteien in Verbindung setzen, um eine Mehrheit für die Finanzierung sicher zu stellen.

### NEOS

Ja – wir werden hier den NEOS Landtagsklub ersuchen, das Projekt auf Landesebene weiter zu forcieren.

### BÜRGERLISTE / DIE GRÜNEN

Wir kennen einige Menschen, die mit Persönlicher Assistenz selbstständig leben und arbeiten können. Daher unterstützen wir das Projekt aus vollster Überzeugung und werden uns auch dafür einsetzen, dass die Plätze dafür ausgebaut werden und sich auch die Stadt am Projekt beteiligt.

### KPÖ PLUS SALZBURG

Wir befürworten die Weiterführung und den Ausbau des Projektes „Persönliche Assistenz“. Der bestehende Bedarf muss unbedingt gedeckt werden. Nicht nur in der Stadt, sondern auch am Land, wo häufig noch größere Herausforderungen bezüglich Barrierefreiheit bestehen. Der Übergang in einen langfristig finanzierten Regelbetrieb erscheint uns als notwendig, um Kontinuität in der Unterstützung durch persönliche Assistent/-innen zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit mit persönlichen Assistent/-innen erfordert auch Vertrauen, das nicht durch häufigen Personalwechsel gefährdet werden darf.

### SPÖ



Die SPÖ setzt sich bereits seit längerem sowohl in der Stadt als auch auf Landesebene für den Ausbau der Persönlichen Assistenz ein und hat hier durch konsequente politische Arbeit in der Stadt Salzburg auch bereits wirksame Maßnahmen umsetzen können. Obwohl die Umsetzung persönlicher Assistenz zur Gänze in die Kompetenz des Landes fällt, unterstützt die Stadt Salzburg die Peerberatung innerhalb des Pilotprojektes des Landes bereits jetzt finanziell und wird auch in Zukunft für die Etablierung von Selbstvertretung und Persönlicher Assistenz in unserer Gesellschaft kämpfen.

### **ÖVP**

Das Projekt „Persönliche Assistenz“ ist ein wichtiger Puzzleteil für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen. Unseren Gesprächen mit dem Land Salzburg zufolge hat die Salzburger Landesregierung sich bereits zu einem Regelbetrieb über den Mai 2019 hinaus bekannt und wird die Anzahl an Plätzen um weitere 5 Teilnehmer\*innen ausweiten. Diese Maßnahme wird von uns voll und ganz unterstützt.

### **DIE LINKE**

JA. Durch Sicherstellung entsprechender Budgetmittel im Rahmen einer Pflegeversicherung.



### Frage 3

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln umfassend im Sinne der Gleichberechtigung für alle Menschen, also auch mit elektrischen Rollstühlen, nutzbar ist?

#### FPÖ

Auch bei der persönlichen Mobilität von Menschen mit Behinderung hat die Stadt Salzburg noch Nachholbedarf. In diesem Fall wird eine Lösung zwischen Taxi-Innung und der Stadt Salzburg gesucht werden müssen. Auch hier können Sie mit unserer vollsten Unterstützung rechnen. Die Verkehrsunternehmen in Österreich sollen verstärkt in „Barrierefreiheit“ investieren, nur so wird es möglich sein, die Mobilität von Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

#### NEOS

Da die Stadt Salzburg leider nicht der Betreiber des ÖPNV ist, sind den Gemeinderät\_innen hier teilweise die Hände gebunden. Wir als NEOS werden uns aber mit aller Kraft dafür einsetzen, dass alle Menschen (egal ob beeinträchtigt oder nicht) jenen ÖPNV benützen können, den sie benötigen.

#### BÜRGERLISTE / DIE GRÜNEN

Im Sinne der UN-Konvention muss die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen sichergestellt sein. Dazu gehört auch die Mobilität. Öffentliche Verkehrsmittel müssen barrierefrei nutzbar sein – für alle Menschen. Daher haben wir letzte Woche in einer Aussendung auch gefordert, dass die Obusstationen endlich barrierefrei werden. Ein Armutszeugnis unserer Stadt ist, dass aktuell nur eine Station diesen Anforderungen entspricht.

Ergänzend zum Obus- und Schienenangebot sollen auch barrierefreie Taxis in Salzburg zur Verfügung stehen.

#### KPÖ PLUS SALZBURG

Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit verbessert werden. Ein Ausschuss mit Sachverständigen für Barrierefreiheit soll geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit entwerfen (vor allem hinsichtlich allgemeiner Nutzbarkeit, aber auch hinsichtlich der Einfachheit). Die entsprechenden Vorschläge sollen bei Neuanschaffungen



und Umbauten der öffentlichen Verkehrsmittel verpflichtend berücksichtigt werden. Mittelfristig soll ein entsprechender Umbau sämtlicher öffentlicher Verkehrsmittel in der Stadt realisiert werden. Wiederum soll darauf verwiesen werden, dass solche Maßnahmen uns Allen zu Gute kommen; hohe Stufen in den älteren Bussen können z.B. auch für alte Menschen eine Herausforderung darstellen.

### **SPÖ**

Als Stadt-SPÖ werden wir uns auch weiterhin für einen 100-prozentigen Zugang aller Menschen zu öffentlichen Verkehrsmitteln einsetzen. So setzen wir uns z.B. bei der Salzburg AG bereits seit Langem dafür ein, dass die Salzburger Obusflotte zu 100 Prozent aus Niederflurfahrzeugen besteht und dieser Standard auch durchgängig eingehalten wird. Wir kämpfen außerdem auch für einen Ausbau bei der Ausstattung der Obusse mit ausklappbaren Rampen, die für Elektrorollstühle besonders wichtig sind. Wir werden hier auch in Zukunft nicht locker lassen, um den Zugang zum öffentlichen Verkehrsnetz für alle Passagier\*innen zu gewährleisten. Darüber hinaus hat die Stadt Salzburg unter der Ressortführung von Vizebürgermeisterin Anja Hagenauer über den Behindertenbeirat der Stadt Salzburg eine Kooperation zur Schulung von Busfahrer\*innen ins Leben gerufen. Denn wir wollen sicherstellen, dass die Bemühungen zur Inklusion aller Passagier\*innen im öffentlichen Verkehr nicht bei der technischen Infrastruktur enden, sondern auch im zwischenmenschlichen Umgang mit Personal und Verantwortlichen Beachtung finden.

### **ÖVP**

Die Barrierefreiheit von Bushaltestellen ist oft nur eingeschränkt gegeben. Bisher ist bei der Neugestaltung von Straßen und Haltestellen auf Stadtgebiet noch viel zu selten (erst 2 Mal!) das so genannte Kasseler Bord zum Einsatz gekommen. Die ÖVP hat sich in der Vergangenheit deshalb mehrfach für den verstärkten Einbau dieses Bords eingesetzt (etwa auch bei der Haltestelle Neutorstraße/Reichenhallerstraße). Die von der Bauabteilung als Begründung vorgebrachten höheren Kosten dürfen im Sinne einer uneingeschränkten Nutzung der Öffentlichen Verkehrsmittel für Menschen mit Behinderungen keine Rolle spielen.



Auch wenn bei der barrierefreien Ausstattung von Regionalbussen bereits große Fortschritte gemacht wurden – 92% sind über Hublift oder Rampen barrierefrei, bei Neuausschreibungen ist der Einsatz barrierefreier Busse Voraussetzung –, so braucht es weiter große Anstrengungen, um die Öffis für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich zu machen. So hat sich die Stadt bereits beim Ankauf von Niederflurteilen für die Salzburger Lokalbahn beteiligt. Ziel muss es sein, den Anteil an barrierefreien Triebwägen (derzeit 9 von 18) mit Unterstützung durch die Stadt Salzburg rasch auf 100% zu bringen.

### **DIE LINKE**

Durch Sicherung von entsprechenden Budgetmitteln und Berücksichtigung bei der Fuhrparkerneuerung.





#### Frage 4

Welche Schritte werden Sie setzen, dass alle säumigen Salzburger Unternehmen ihrer Einstellungspflicht von Menschen mit Behinderung nachkommen?

#### FPÖ

Städtische Förderungen und Vergaben könnten an die Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung gekoppelt werden.

#### NEOS

Auch hier können Gemeinderät\_innen nur versuchen, Überzeugungsarbeit zu leisten und das Gespräch mit den Unternehmer\_innen zu suchen. Wir als NEOS sind stolz, dass die Stadt Salzburg seine Einstellungspflicht erfüllt. Die Stadt ist hier Vorbild für andere Unternehmen.

#### BÜRGERLISTE / DIE GRÜNEN

Zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehört auch die Möglichkeit der Erwerbsarbeit. Derzeit erfüllen bei weitem nicht alle Unternehmen ihre Einstellungspflichten. Die Stadt soll alle säumigen Unternehmen informieren und motivieren. Der Dienstgeber Magistrat kommt seinen Einstellungsverpflichtungen nach. Wichtig ist in Zukunft aber auch, die städtischen Betriebe in die Unternehmen mit Stadtbeteiligung in den Blick zu nehmen.

Gleichzeitig ist die Stadt als Dienstgeberin gefordert, eine fördernde und chancengleiche Arbeitsatmosphäre sicherzustellen und allen Menschen mit Beeinträchtigungen – egal ob mit Feststellungsbescheid oder ohne – gute Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Dazu gehört auch, dass die Persönliche Assistenz auch am Magistratsarbeitsplatz möglich sein soll.

#### KPÖ PLUS SALZBURG

Wie in der Frage erwähnt, können die Zahlen für Salzburg derzeit nur heruntergebrochen werden. Daher sollte sich die Stadt Salzburg in einem ersten Schritt ein möglichst genaues Bild von der lokalen/regionalen Situation machen. Es muss Erhebungen geben, mit möglichst genauen Daten für die einzelnen Branchen und Betriebe. Die Problematik muss öffentlich behandelt und auf die jeweilige Situation vor Ort heruntergebrochen werden. Die Stadt muss Kontakt mit säumigen



Betrieben aufnehmen. Zusätzlich muss überprüft werden, welche Möglichkeiten die Stadt hat, um auch mit Nachdruck eine Verbesserung der zunehmend schwierigen Situation für Menschen mit Beeinträchtigung zu erreichen.

In einer solchen Erhebung kann auch festgestellt werden, ob behinderten Menschen auch eine tatsächlich angemessene Stelle geboten wird (angepasst an ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse) oder ob die jeweilige Stelle nur ein Lippenbekenntnis darstellt (z.B. ausschließlich Einsatz in der Reinigung oder an einem Fließband)

### **SPÖ**

Die Stadt-SPÖ wird in ihrem Verantwortungsbereich auch weiterhin dafür kämpfen, dass die Einstellungspflicht von Unternehmen umgesetzt wird und setzt diese Haltung überall dort um, wo wir Gestaltungsmöglichkeiten haben. Bereits 2015 hat sich die Stadt Salzburg unter Federführung von Vizebürgermeisterin Anja Hagenauer im Behindertenbeirat des Themas angenommen und im Zuge einer Arbeitsgruppe konkrete Maßnahmen erarbeitet. Mit dem maßgeblich von der Stadt-SPÖ vorangetriebenen Beschluss des Etappenplans zur Umsetzung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung erreichen diese Bemühungen eine neue Dimension und werden erneut mit klaren Zielsetzungen und Verantwortlichkeiten verpflichtend für die Stadt Salzburg festgeschrieben.

### **ÖVP**

Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung ist ein wesentlicher Schritt zur Inklusion und misst die Wertschätzung, die wir Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft entgegenbringen. Die Stadt Salzburg als öffentlicher Dienstgeber muss hier mit positivem Beispiel vorangehen. Auf Initiative von Bgm. Preuner soll noch 2019 das Einstellungserfordernis der „vollen Handlungsfähigkeit“ für den Magistratesdienst im Magistratesbedienstengesetz fallen und bei der Einstellung von Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen nur mehr darauf abgestellt werden, ob jemand für einen Job persönlich und fachlich geeignet ist. Dieser längst überfällige Schritt zu einer rechtlichen Gleichstellung muss Hand in Hand mit einer Ausweitung der möglichen Arbeitsfelder für Menschen mit Behinderungen einhergehen. Dazu sind die Maßnahmen im UN-Etappenplan der Stadt konsequent umzusetzen. Um



andere Salzburger Unternehmen zur Nachahmung zu animieren, sollte die Agenda der Stadt sowie positive Erfahrungen verstärkt kommuniziert werden und Vorzeigeunternehmen bei der Inklusion von Menschen mit Behinderungen als „Best-Practice-Unternehmen“ vor den Vorhang geholt werden. Gerade damit würde der Mehrwert einer inklusiven Belegschaft deutlich!

### **DIE LINKE**

Wir fordern die Verdoppelung der Ausgleichstaxe und die jährliche Veröffentlichung der säumigen Unternehmen.



## 5. Allgemeine Abschlussfrage

Bei welchen behindertenpolitischen Themen sehen Sie in Salzburg den größten Handlungsbedarf?

### FPÖ

Die rasche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Stadt Salzburg, die Stärkung des Behindertenbeirates und stärkere finanzielle Unterstützung von Behindertenorganisationen;

### NEOS

Es ist vielleicht nicht unbedingt der größte Handlungsbedarf, aber etwas was die Stadt leider in den letzten Jahren nicht umgesetzt hat.

Der NEOS Gemeinderatsklub hat 2 Anträge gestellt (für eine barrierefreie Homepage und für einen barrierefreien Livestream bei Gemeinderatssitzungen für Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung). Beide Anträge, die rasch umsetzbar wären und wenig Geld kosten würden, wurden bis dato ignoriert. Das ist ärgerlich.

Grundsätzlich wird die Stadt daran zu messen sein, dass sie die Ziele und Maßnahmen, welche sie sich mit dem Ende letzten Jahres einstimmig beschlossenen Etappen-Plan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gesetzt hat, auch konsequent umsetzt.

### BÜRGERLISTE / DIE GRÜNEN

Den größten Handlungsbedarf sehen wir darin, dass die UN-Konvention tatsächlich in allen Lebensbereichen umgesetzt wird. Priorität 1 hat für uns, dass alle Menschen selbstständig und selbstbestimmt leben können. Dazu braucht es fördernde und barrierefreie Bedingungen in allen Bereichen, zum Beispiel in der Bildung, im kulturellen Leben, in der Gesundheitsversorgung und am Arbeitsplatz.

Inklusion muss in der gesamten Gesellschaft gelebt werden. Bei der Bürgerliste kandidiert auf Listenplatz 9 eine Frau mit Behinderung. Und unser Wahlprogramm gibt es auch in Leichter Sprache:

<http://www.martina-berthold.at/leichter-lesen.html>

### KPÖ PLUS SALZBURG

Es gibt Probleme, bei denen wir dringenden Handlungsbedarf sehen. Dabei muss leider eingeräumt werden, dass wir hier auf Gemeindeebene nur



bedingten Handlungsspielraum sehen. Dieser gehört jedoch so weit als möglich ausgenutzt, wofür wir uns einsetzen werden.

Zu nennen ist hier das weitere Bestehen von Sonderschulen in Österreich. Eine inklusive, gemeinsame Schule für alle Kinder und Jugendliche kann nur auf Bundesebene realisiert werden. Lokale Pilotprojekte gehören nach allen Möglichkeiten gefördert.

Eine solche Deinstitutionalisierung betrifft nicht nur Kinder und Jugendliche. Erwachsene behinderte Menschen haben ebenso ein Recht auf ein reguläres Leben, sei dies hinsichtlich der sozialen Kontakte, der öffentlichen Verkehrsmittel oder des Erwerbs.

Dementsprechend ist hier anzustreben, dass sie Zugang zu einem regulären, normalen Einkommen haben und nicht (auch in der Arbeit) auf Unterstützungsleistungen und ein "Taschengeld" angewiesen sind. Stattdessen muss behinderten Menschen eine faire, reguläre Entlohnung zustehen. Wir fordern vollwertige Teilhabe am Leben der Gemeinschaft anstelle von weiterer Ausgrenzung durch wie auch immer geartete Barrieren.

## **SPÖ**

Die Stadt-SPÖ wird sich auch weiterhin für Barrierefreiheit in der ganzen Stadt einsetzen. Die von uns maßgeblich beeinflussten Großprojekte der Stadt tragen dem ebenso Rechnung, wie die vielen kleinen Veränderungen und Regelungen für die die Stadt-SPÖ in der täglichen politischen Arbeit eintritt. Als ein weiteres Ziel für die zukünftige Arbeit kann auch die „inklusive Bildung“ genannt werden, die vor allem im Volksschul- und Hauptschulbereich verstärkt werden muss. Ebenso wollen wir, dass Selbstvertretung und persönliche Assistenz vermehrt an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen und werden uns hierfür im Rahmen der Möglichkeiten der Gemeindepolitik und auch darüber hinaus, wo wir können, stark machen. Der maßgeblich von der Stadt-SPÖ auf den Weg gebrachte Etappenplan, ist stadtpolitisches Zeugnis dieses Bekenntnisses zu einer Inklusion aller Salzburgerinnen und Salzburger. Im Gegensatz zu vielen politischen Mitbewerbern, die es an dieser Stelle bei Absichtserklärungen sein lassen, setzen wir aber auch aktiv in den eigenen Reihen ein Zeichen für mehr Inklusion. Für die Stadt-SPÖ kandidiert mit Paul Bauchinger ein



Selbstvertreter auf unserer Gemeinderatsliste. Lesen Sie mehr dazu hier:  
<https://hallo-salzburg.at/index.php/2019/02/25/paul-bauchinger/>

## **ÖVP**

Die Lebensbereiche Verkehr, selbstbestimmtes Leben oder Arbeit zeigen gut die wichtigsten Felder auf, in denen positive Akzente und ein geschärftes Bewusstsein bei den Entscheidungsträgern zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensqualität und dem eigenen Selbstbild von Menschen mit Behinderungen führt. Eine Patentlösung für ein behindertenfreundliches Salzburg gibt es nicht, wichtig ist aber, dass man gleichzeitig an vielen verschiedenen Stellschrauben dreht. Im Schulbereich könnten das etwa Vorstöße der Stadt sein, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Schulpflicht von Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen (längerer Rechtsanspruch auf Schulbildung, Möglichkeit zu späterem Schuleintritt,...) zu verbessern. Ein weiterer kleiner Schritt in Richtung selbstbestimmtes Leben ist auch die Möglichkeit von Menschen mit Behinderungen, für sich selbst zu sprechen: Hier etwa wäre die Zurverfügungstellung von eigenen Räumlichkeiten für die Selbstvertretung durch die Stadt Salzburg wichtig. Einen entsprechenden Antrag hat die ÖVP bereits im Sommer 2018 eingebracht.

Dem Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben tragen auch zwei Vorzeigeprojekte – eines davon auch im Salzburger Stadtteil Gneis – Rechnung, die erfreulicherweise vom Land Salzburg unterstützt werden und die Menschen mit Behinderungen ein Leben allein bzw. in Wohngemeinschaften im Rahmen der Wohnform „Begleitetes Wohnen“ ermöglichen. Dieses Hineinrücken von Menschen mit Beeinträchtigungen mitten in die Gesellschaft ist ein absolut wichtiger Schritt!

## **DIE LINKE**

Bei der Sicherstellung eines selbstbestimmten Lebens.